

Ursprünglich wollte der IMIS-Gründer in seinem Jubiläumsvortrag über Fragen von Kulturangst, Willkommenskultur und Gesellschaftspolitik reden. Aus aktuellem Anlass änderte er sein Thema und sprach über „Politische Feindbilder in der deutschen Migrations- und Asyldiskussion“.

Bei seinem „Leviten lesen“ ging er hart ins Gericht mit politischen und publizistischen „Brandstiftern“. Sie hätten mit Begriffen wie „Sozialtouristen“, „Scheinasylanten“ und „Wirtschaftsflüchtlinge“ fahrlässig Wege „von Unworten zu Untaten“ eröffnet. Wie bei den Exzessen der frühen 1990er Jahre komme auch heute die Abhilfe nicht aus der Politik erklärte Bade. Sie komme aus der Bürgergesellschaft, die fremdenfeindlichen Angriffen einen „Aufstand der Anständen“ entgegenstelle.

Bade zog die Summe aus Umfragen und erklärte: „Die Bürger in Deutschland sind in ihrer Mehrheit nicht einverstanden mit der unterlassenen Hilfeleistung beim Massensterben im Mittelmeer. Sie verlangen ein Seenotrettungsprogramm, das seinen Namen verdient. Sie drängen auf eine ausgewogene Lastenteilung bei der Aufnahme von Flüchtlingen und Asylsuchenden in Europa. Sie erwarten die Eröffnung von legalen Zuwanderungswegen für in Europa gebrauchte und entsprechend qualifizierte Zuwanderer. Und sie erwarten eine Flüchtlingspolitik, die die massenweise Selbstgefährdung beim illegalen Weg über das Meer unnötig macht. Viele wissen aber auch, dass Flüchtlingspolitik ohne die Bekämpfung der Fluchtursachen in den Ausgangsräumen nur der Versuch einer Quadratur des Zirkels ist.“

Patentlösungen könne es nicht geben, erklärte Bade, „sondern nur das pragmatische Bemühen um praktikable Ergebnisse am größtmöglichen Tisch“. Deshalb forderte der erfahrene Politikberater „die Einberufung einer UN-Weltkonferenz zu Migration, Flucht und Asyl, analog zu den großen Weltkonferenzen seit den 1990er Jahre, am besten verbunden mit einer UN-Dekade zum Schutz der Flüchtlinge“.

Je mehr Politik auf nationaler und europäischer Ebene mit „vordergründigen Schein- bzw. Ersatzaktivitäten“ laviere, desto mehr könnten sich auf nationaler Ebene und in Europa insgesamt „Anti-Parteien- und Anti-Politik-Affekte aufstauen“, die am Ende einen „Dambruch verursachen und damit parlamentarische Demokratie und Europäische Union insgesamt gefährden könnten“.